



## Günter Verheugen

*Vizepräsident der Europäischen Kommission*

### „Europäische Politik für Wachstum und Beschäftigung“

Beim Hinflug habe ich mir überlegt, wann das wohl gewesen sein mag, dass ich schon mal einer solchen Veranstaltung beigewohnt habe, nicht als Redner, aber als derjenige, der den Redetext verfasst hat. Das muss in den frühen 70er-Jahren gewesen sein. Ich war ein junger Mitarbeiter von Hans-Dietrich Genscher und dessen Rede war ein Erfolg. Ich hoffe auf etwas Vergleichbares heute und hier und lege deshalb Wert auf die Feststellung, dass das, was ich Ihnen vortragen will, mein eigenes Produkt ist, handgearbeitet und maßgefertigt.

Was den Termin angeht, muss ich noch sagen, er war zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Gerüchte sind Gerüchte und allen Beteiligten, die es wissen mussten, war von Anfang an klar, dass ich mir fest vorgenommen habe, meine Aufgabe in Brüssel zu Ende zu führen. Sie ist reizvoll, sie ist wichtig, und ich gehöre nicht zu denjenigen, die etwas angefangen liegen lassen.

Nun, meine Damen und Herren, vor der Sommerpause dieses Jahres beherrschte das Wort Krise die Diskussionen um die europäische Integration. Das Wort Krise beherrschte die Schlagzeilen. Inzwischen ist die Medienkarawane weitergezogen, aber die Probleme verschwinden nicht mit den Schlagzeilen. Ich will die heutige Lage kurz beschreiben. Das Projekt einer europäischen Verfassung ist vorerst gescheitert. Die finanzielle Zukunft der Gemeinschaft ist ungewiss. Die meisten europäischen Volkswirtschaften sind nicht genügend vorbereitet auf die noch heraufziehenden Stürme der Globalisierung. Der Textilstreit mit China war vermutlich nur eine schwache Ahnung von dem, was erst noch kommen wird. Die europäischen Sozialsysteme ächzen schon heute unter den Folgen des demografischen Wandels und in dieser Situation leistet sich Europa den Luxus eines Führungsvakiums, das die Europäische Kommission beim besten Willen alleine nicht füllen kann. In den Gründerstaaten wachsen die Zweifel, ob die europäische Integration wirklich die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft ist. Man darf alles das zusammen wohl mit Fug und Recht eine Orientierungskrise nennen, die bereits die Züge einer Sinnkrise angenommen hat. Lassen Sie mich das ganz ehrlich sagen, wie ich das empfinde. Die gewaltige Brüsseler Maschinerie, die läuft wie immer, aber es beschleicht einen das unbequeme Gefühl, dass diese Maschinerie in Wirklichkeit immer häufiger leerläuft.

Vor dem Sommer hatten die Staats- und Regierungschefs und die europäischen Institutionen sich gemeinsam eine Phase der Besinnung und des Nachdenkens verordnet. Es war eine gute Idee. Denn weder hektischer Aktionismus noch routiniertes Weiter-so können die Krise lösen. So recht ist der Reflexionsprozess aber noch nicht in Gang gekommen. Es ist Zeit für neue Impulse und für eine breite, öffentliche Debatte der wirklichen Kernfragen. Aus meiner Sicht müssen wir uns auf die folgenden Fragen konzentrieren:

- Wie viel europäische Integration wollen wir und brauchen wir?
- Wo sind die Grenzen unserer Integrationsfähigkeit und unseres Integrationswillens?

- Was ist die Rolle der EU bei der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels?
- Welche politische Rolle will die Europäische Union in der Welt von morgen spielen?
- Und wie wird das vereinte Europa vom Projekt der politischen Eliten zum gemeinsamen Ziel der Bürgerinnen und Bürger?

Erwarten Sie nicht, dass ich diese fünf Fragen heute Abend erschöpfend beantworte. Ich habe zu diesen Fragen ein Buch geschrieben, das diese Woche auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt wird. Da wird alles etwas genauer dargelegt. Aber ich möchte schon ein paar Sätze zu den einzelnen Themen sagen, bevor ich mich dann auf das Eigentliche konzentriere, was uns zusammengeführt hat, auf die Frage des europäischen Beitrages zu Wachstum und Beschäftigung.

Ich denke, dass die erste Frage, die nach der Finalität, dem eigentlichen Sinn der europäischen Integration, eine Frage ist, die nicht wertneutral beantwortet werden kann. Sie muss gesehen werden in einem historischen Kontext, der sich bildet aus den Erfahrungen Europas in der ersten und zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die erste Hälfte war geprägt von zwei Weltkriegen. Die zweite von dem existentiellen Risiko des Ost-West-Konflikts, aber eben auch von der Idee der europäischen Einigung und vom Siegeszug von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Europa. Die europäische Einigung ist und bleibt unverzichtbar für Frieden und Sicherheit in Europa. Sie ist in dieser Hinsicht ein einzigartiges Erfolgsmodell, aber sie hat ihren Zweck noch keineswegs vollständig erfüllt. Je stärker die Welt zusammenwächst, mit der unvermeidlichen Folge, dass die Interessen heftiger aufeinanderprallen als bisher, desto wichtiger wird der Beitrag Europas zu einer globalen Politik des Friedens, der Sicherheit und eines humanen Fortschritts werden. Die europäische Integration verträgt auch keine Pause, keinen Stillstand. Sobald ihre zivilisierende Wirkung nachlässt, steigt die Gefahr des Rückfalls in nationale Interessenpolitik und damit treten die alten Konfliktmuster aus dem Schatten der Vergangenheit.

Frieden und Sicherheit bleiben das alles Entscheidende im Integrationsprozess. Aber heute geht es noch um mehr. Ich bin fest davon überzeugt, es ist der schnelle Wandel unserer gesamten Lebensbedingungen, der für die große Verunsicherung in der Gesellschaft sorgt. Die europäische Einigung kann den Wandel nicht aufhalten, aber sie gibt uns die Chance, ihn auszuhalten und zu gestalten. Wie viel Integration also wollen wir? Ich denke, es ist an der Zeit, den unseligen Konflikt zwischen den Anhängern eines europäischen Bundesstaates und den Verfechtern einer Art höher entwickelter Freihandelszone zu beenden. Die Integration Europas muss Geschichte, Kultur und Lebensformen in Europa respektieren. Das Erfolg versprechende Modell ist nicht der Überstaat, der dem Menschen viel zu viel von ihrer nationalen und kulturellen Identität rauben würde, sondern das Erfolgsmodell ist der dichte Verbund von Staaten, die ihre Souveränität überall dort gemeinsam ausüben, in einem Gemeinschaftssystem, wo der Nationalstaat allein nicht mehr leistungsfähig ist. Die Dichte der Integration ist kein Dogma. Sie folgt den Notwendigkeiten und die können sich ändern. Gewiss brauchen wir mehr Europa bei der gemeinsamen Bewältigung der globalen Risiken, Klimawandel, Terrorismus, Vereinigung, ökonomische Globalisierung, aber wir können gleichzeitig durchaus mit weniger europäischen Regelungen auf anderen Gebieten auskommen. Es muss übrigens auch nicht alles immer im Gleichschritt geschehen. Wenn Fortschritt mit 27 und mehr Mitgliedern nicht mehr möglich sein sollte, dann kann sich sehr wohl ein Kern von größerer Dichte bilden, solange es kein abge-

schotteter „Club im Club“ und für alle offen ist. Allerdings muss ich einschränkend hinzufügen, dass ich zurzeit niemanden in Europa sehe, der die Kraft und den Willen dazu hätte, vor allem weder in Frankreich noch in Deutschland, also den beiden Ländern, die der unverzichtbare Kern eines solchen Kerns wären. Aber die Option besteht und sollte auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.

Meine Damen und Herren, sollten wir die Europäische Union auf das ganze politische Europa ausdehnen? Historisch und moralisch ist es nicht vertretbar, europäischen Völkern, die sich der Integration anschließen wollen, den Zutritt zu verweigern. Die europäische Idee darf nicht dazu genutzt werden – ich sage das jetzt einmal etwas ironisch –, einen christlichen Verein reicher Staaten zu schaffen. Die jüngste Erweiterung hat gezeigt, dass in Europa jedenfalls Systemtransformation dann am besten gelingt, wenn sie mit einer klaren europäischen Perspektive verbunden ist. Sie dürfen mir glauben, aus meiner Erfahrung als früherer Erweiterungskommissar, es war die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik in den neuen Mitgliedsländern, die den Reformwillen in diesen Ländern aufrechterhalten hat. Ohne die Beitrittsoption hätten wir das Maß an politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Europa nicht, das wir heute genießen. Integration muss aber nicht gleich im ersten Schritt Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union bedeuten. Andere Modelle, mit denen unsere Nachbarn von Russland bis Marokko schrittweise den Status erreichen würden, den Norwegen oder Island heute haben, bringen ebenfalls die europäische Integration voran, ohne die Gesellschaften permanent zu überfordern. Bestehende Zusagen sollten eingelöst werden, aber ich wiederhole das, was ich schon einmal gesagt habe, neue Beitrittsversprechen sollten jetzt nicht gemacht werden. Jetzt müssen wir das konsolidieren, was wir haben, wir müssen jetzt die Basis sichern, damit wir dann darauf weiter aufbauen können.

Welche Rolle wollen wir in der Welt von morgen spielen? Die politische Konstellation, die wir heute haben, die weltpolitische Konstellation mit nur einer einzigen Supermacht, wird sich verändern. Staaten, die auf dem Sprung zu technologischen und ökonomischen Weltmächten sind, werden auch politische Ansprüche erheben. Ein fragmentiertes Europa wäre dann kein Subjekt, sondern Objekt der Weltpolitik. Aber so weit in die Zukunft muss man noch nicht einmal schauen. Schon heute ist die europäische Genügsamkeit, als wirtschaftlicher Riese in Gestalt eines politischen Zwerges aufzutreten, auf groteske Weise anachronistisch. Europa braucht am dringlichsten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient. Wie wollen wir in Europa den Einwanderungsdruck aushalten, ohne Armutsbekämpfung weltweit? Wie wollen wir unsere natürliche Umwelt erhalten, ohne international durchgesetzte Umweltziele? Wie wollen wir regionale und interregionale Konflikte von uns fernhalten, wenn Europa nicht für eine weltweite Governance eintritt, die die Konfliktursachen wirkungsvoll bekämpft? Die Irak-Krise hat ja gezeigt, dass die Menschen in Europa wollen, dass ihre Stimme international gehört wird.

In der Türkei-Frage übrigens ist genau das zu entscheiden. Über alle kulturellen und ökonomischen und integrationspolitischen Fragen hinaus geht es hier um eine weltpolitische Frage allerersten Ranges, denn an der Türkeipolitik entscheidet sich, ob Europa die Kraft und den Mut aufbringen wird, eine eigene globale Rolle zu spielen, oder nicht. Erheben wir einen eigenen Gestaltungsanspruch oder nicht? Ich will darüber nicht allzu viel sagen heute Abend. Ich weiß, dass das ein umstrittenes Thema ist. Ich weiß auch, dass, je nachdem, wie man in Umfragen die Frage formuliert, die mehrheitliche Antwort der Europäerinnen und Europäer derzeit eher dagegen ist. Sie können aber auch Umfragen finden,

in denen eine überzeugende Mehrheit dafür ist. Das hängt ganz von der Frage ab. Wer zum Beispiel fragt, ob eine demokratische, rechtsstaatliche, zu unserer Sicherheit und unserem Frieden beitragende Türkei EU-Mitglied werden darf, erhält eine positive Antwort. Ich denke, Politik muss den Mut haben, eine Richtung anzugeben, und dann für diese Richtung um Zustimmung zu kämpfen. Wenn ich mich immer nur an Umfragen in meinem Leben orientiert hätte, dann hätte ich vieles anders machen müssen, aber ob es besser gewesen wäre? Was den Türkei-Beitritt angeht, sollten wir nicht vergessen, dass die Frage, wie wir damit umgehen, eine Frage ist, die für Hunderte von Millionen Menschen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft von entscheidender Bedeutung ist. Von dieser Frage hängt ab, oder kann abhängen, ob wir das Verhältnis zwischen westlichen Demokratien und islamischer Welt in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts gegründet auf Kooperation und Toleranz und Verständigungsbereitschaft gestalten können oder ob es zu Konflikt, zu Gewalt und zu permanentem Terrorismus führt. Das ist die große weltpolitische Frage, die mit der Türkei verknüpft ist.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zur Frage nach dem Europa der Bürgerinnen und Bürger sagen, von denen sehr viele, vielleicht zu viele zweifeln oder skeptisch sind. Ob das Bild, das sich in den Köpfen vieler festgesetzt hat, Europa als omnipotenter, alles in seiner Regelungswut erstickender Moloch, ob dieses Bild falsch ist oder nicht, ist gar nicht die Frage. In jedem Fall muss Europa besser erklärt werden. Den gefährlichen Mythen, die den Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden beeinflusst haben, muss entgegengesetzt werden. Die Erweiterung war ja ein sehr interessantes Beispiel dafür. Sie ist schon jetzt politisch und wirtschaftlich ein Erfolg, Letzteres besonders für Deutschland, denn kein Land profitiert vom starken Wachstum in den neuen Mitgliedsländern so sehr wie Deutschland und logischerweise profitiert auch kein Land wie Deutschland von der Stabilität an seiner langen östlichen Grenze. Aber erklärt das jemand? Stattdessen droht ein historischer Erfolg der europäischen Politik in allerkleinste tagespolitische Münze umgewechselt zu werden.

Meine Damen und Herren, Deutschland wird nicht überschwemmt von Billiglöhnen und wenn, dann ist es in jedem einzelnen Fall illegal und man kann erwarten, dass das Notwendige dagegen unternommen wird. Arbeitsplätze wandern nicht ab wegen der Erweiterung. Arbeitsplätze wandern aus Deutschland ab, weil in bestimmten Bereichen in Deutschland hergestellte oder ausschließlich in Deutschland hergestellte Produkte schlicht und einfach nicht mehr wettbewerbsfähig sind, weil sie zu teuer sind. Diese Arbeitsplätze würden in jedem Fall aus Deutschland verschwinden, auch ohne Erweiterung. Deutschland ist auch nicht der Zahlmeister Europas. Deutschland ist das Land, das ökonomisch als das stärkste Exportland Europas von einem funktionierenden Binnenmarkt am meisten profitiert. Das alles sollten die Menschen erfahren. Aber letztlich geht es bei der öffentlichen Wahrnehmung der europäischen Integration um mehr als nur um ein Vermittlungsproblem. Es ist auch ein Substanzproblem. Ich kann zum Beispiel nicht verstehen, weshalb wir den Bereich der Gemeinschaftspolitiken nicht ebenso demokratisch regeln können wie die nationalen Politiken. Warum geht zum Beispiel die europäische Exekutive, wenn Sie wollen, die Europäische Kommission, der ich angehöre, nicht wie jede ordentliche Regierung in Europa aus Parlamentswahlen hervor? Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum das nicht der Fall ist. Weshalb agiert der Rat in seiner Funktion als Gesetzgeber hinter verschlossenen Türen? Sie müssen sich das mal vorstellen, Gesetzgebung hinter verschlossenen Türen! Gesetzgebung braucht zwingend das helle Licht der Öffentlichkeit, sonst ist es

keine demokratische Gesetzgebung. Das sind alles Dinge, die nicht sein müssen, und ich will auch die Frage stellen, warum nationale Politiker und regionale Politik so selten bereit sind zu gestehen, dass sie selber es sind, die die Verantwortung für Europa tragen. Europa, das sind nicht „die da in Brüssel“. Verantwortung für Europa hat jeder Einzelne auf der lokalen, der regionalen, der nationalen Ebene. Ich bin jetzt dabei, das gesamte europäische Regelwerk grundlegend zu modernisieren und zu entrümpeln. Mehr Freiheit und Selbstverantwortung, weniger Verordnungen von oben. Das wird helfen, aber es ist nur ein Schritt von vielen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die europäische Einigung im weitesten Sinne als ein kulturelles Projekt verstanden werden muss. Ein Aufbruch, wie die Aufklärung einer war. Wir müssen die europäische Einigung als Teil der gesamteuropäischen Entwicklung verstehen. Das europäische Erbe heißt Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Solidarität, Humanität und Toleranz. Und ich frage mich, wer, wenn nicht wir selber, könnte dafür Sorge tragen, dass dieses Erbe bewahrt wird.

Und dazu gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns auch mit den prosaischen, eher nüchternen Dingen des Lebens beschäftigen müssen, sosehr die weltpolitischen Höhenflüge einen anspornen und intellektuell sehr reizvoll sind. Damit komme ich zu der eigentlichen Frage, die uns heute beschäftigen soll, zu der Frage, wie Europa den notwendigen sozialen und ökonomischen Wandel angesichts neuer ökonomischer Herausforderungen gestaltet. Das ist im Übrigen auch das Thema für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs am Ende dieses Monats. Die Kommission wird dazu ein Grundsatzdokument verabschieden und ein paar der Ideen, die in diesem Grundsatzdokument vorkommen werden, werde ich Ihnen heute Abend schon vortragen.

Ich habe über das politische Umfeld bereits das Wichtigste gesagt und füge jetzt hinzu: In diesem politischen Umfeld war es notwendig und richtig, dass die Barroso-Kommission, als sie vor einem Jahr antrat, einen Paradigmenwechsel vorgenommen hat, und zwar einen sehr tief greifenden Paradigmenwechsel. Wer sich in Europa ein bisschen auskennt, der weiß, dass es nicht so einfach ist zu sagen, dass wir jetzt die große Priorität auf Wachstum und Beschäftigung legen. Ich bin inzwischen 61 Jahre alt und man sollte meinen, in dem Alter ist man nicht mehr so furchtbar naiv. Ich habe wirklich gedacht, dass wir überall breite Zustimmung kriegen, als wir gesagt haben, dass diese Kommission eine klare marktwirtschaftlich orientierte Politik für Wachstum und Beschäftigung als ihre oberste Priorität betrachtet. Weit gefehlt. In einer ganzen Reihe von Mitgliedsländern, aber auch im Europäischen Parlament, auch in der Parteifamilie, die ich am besten kenne, gab es auch eine Reaktion, die mich sehr erschüttert hat. Nämlich die, dass die Schwerpunktsetzung auf Wachstum und Beschäftigung nur bedeuten kann, dass wir uns nicht mehr um soziale Sicherheit oder hohe Umweltstandards kümmern. Meine Damen und Herren, das war die Stelle, wo ich tatsächlich ungeduldig und zornig geworden bin. Darauf habe ich denjenigen gesagt, dass sie endlich eines begreifen müssen: Selbstverständlich können sie eine starke, leistungsfähige Wirtschaft haben ohne einen hohen Sozialschutz und ohne hohe Umweltstandards. Das können sie haben, dafür gibt es Beispiele in der Welt. Aber umgekehrt geht es nicht. Sie können nicht ein hohes Maß an sozialer Sicherheit für möglichst viele oder gar alle und eine möglichst hohe Lebensqualität für viele oder alle haben, ohne eine starke und florierende Wirtschaft. Das geht einfach nicht! Und deshalb ist es nicht ein Entweder-Oder, sondern Europa zurückzubringen auf den Kurs nachhaltigen Wachstums und stärkerer Beschäftigung ist die Voraussetzung dafür, dass wir

unsere hohen europäischen Lebensvorstellungen einlösen können. Er ist die zwingende, notwendige, noch nicht einmal ganz hinreichende, aber auf jeden Fall notwendige Bedingung dafür, dass wir unsere großen gesellschaftspolitischen Ziele überhaupt erreichen können. Nun, das hat sich dann einigermaßen durchgesetzt, aber ich spüre immer noch ein gewisses Unbehagen in bestimmten Teilen Europas und in bestimmten Mitgliedsländern.

Dabei sind die Herausforderungen ziemlich eindeutig und keiner kann sie bestreiten. Ich habe die Globalisierung schon mehrfach erwähnt. Die Globalisierung hat heute eine völlig neue Dimension. Und wir müssen auch verstehen, dass uns die Globalisierung nicht aufgezwungen wurde von Ländern wie Papua-Neu-Guinea, Kambodscha oder Guatemala, sondern dass sie das Resultat einer Politik ist, die die westlichen Industriestaaten seit Jahrzehnten gewollt haben und gefördert haben. Bis auf den heutigen Tag. Während ich hier rede, bereitet mein Kollege Peter Mandelson die Hongkong-Konferenz, die die doha-Runde zum Erfolg führen soll, vor, in der die Europäische Union nachdrücklich eintritt für eine Fortsetzung der Politik der Liberalisierung des internationalen Handels, der Öffnung der Märkte und des Abbaus von Handelsschranken. Das ist die Politik, die wir immer betrieben haben und betreiben. Und darum ist es falsch, so zu tun, als wäre die Globalisierung die Ursache unserer Probleme. Sie hat aber Effekte, die vielleicht nicht jeder vorhergesehen hat, nämlich in Gestalt völlig neuer Wettbewerber. Wettbewerb ist keine Einbahnstraße und wer gedacht hat, dass andere Regionen der Welt auf Dauer billige Zulieferer oder leicht erschließbare Massenmärkte bleiben, der hat sich getäuscht. Ich habe schon von den aufsteigenden technologischen und ökonomischen Supermächten gesprochen. Ja, man kann fast sagen, dass ein Land wie China dabei ist, das Industriezeitalter, das klassische Industriezeitalter, einfach zu überspringen und mit den Technologien der Zukunft seine Rolle in der Weltwirtschaft zu übernehmen. Länder wie China werden mit uns, sind es zum Teil schon, in Wettbewerb treten mit Spitzenqualität und Spitzenleistung. Sie werden es für lange, lange Zeit unter Rahmenbedingungen tun, die wir nicht haben und auch nicht herstellen wollen, wenn ich etwa an die sozialen und ökologischen Bedingungen denke. Ich brauche Ihnen hier keine Beispiele zu nennen. In Hamburg kennt man das. In Hamburg hat man wohl auch keine Angst vor Wettbewerb. Diese große Handelsmetropole kann ja nur interessiert sein an einem offenen und freien Welthandel. Dass die Wettbewerbssituation sich für die europäischen Industrien, und über die reden wir hier, denn der Welthandel wird zu 80% mit Gütern und nicht mit Dienstleistungen abgewickelt, verändert und sich die Industrien umstellen müssen und auch traditionell ganz starke und unerschütterbar scheinende Industrien vor neue Herausforderungen gestellt werden, ist offenkundig.

Ich will eine einzige Zahl nennen, eine Zahl, die so eindrücklich ist, dass ich sie nennen muss. China und Indien zusammen entlassen im Augenblick jedes Jahr aus ihren Hochschulen 700.000 ausgebildete Ingenieure. Im Vergleich dazu beträgt diese Zahl bei Frankreich und Deutschland, die zusammengenommen ein deutlich höheres Bruttonsozialprodukt haben, ein Zehntel – 70.000. Indien hat immer noch eine Analphabetenrate von 50%, d.h., das intellektuelle Potenzial des Landes ist gerade mal zur Hälfte ausgeschöpft. Bei den heutigen Kommunikationstechnologien müssen diese Ingenieure ihre Heimatländer noch nicht einmal verlassen, um in Wettbewerb zu treten mit Ingenieuren in den alten Industrieländern. Also die Globalisierung nimmt eine Dimension an, die nur noch weit entfernt an den klassischen Wettbewerb zwischen Staaten, Regionen oder multinationalen Unternehmen erinnert

und mehr und mehr direkten Wettbewerb zwischen einzelnen Menschen bedeutet.

Der andere Trend, der nach meiner Meinung besonders in Deutschland noch dramatisch unterschätzt wird, ist der demografische Wandel. Ich bin sehr froh darüber, dass die Barroso-Kommission es geschafft hat, dass in allen wesentlichen Strategiedokumenten diese Frage jetzt mit der gebührenden Aufmerksamkeit behandelt wird. Die Folgen der demografischen Trends lassen sich nicht einfach umkehren, selbst wenn wir ab morgen eine völlig andere Politik hätten, wie z.B. eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der es jungen Familien und Frauen möglich ist, den Kinderwunsch, den sie haben, auch tatsächlich zu realisieren. Selbst wenn das gelänge, selbst dann hätten wir für Jahrzehnte ein großes Problem, das Problem einer gleichzeitig alternden und schrumpfenden Gesellschaft. Auch das ist hinlänglich bekannt. Was vielleicht noch nicht jedem bewusst ist, ist, dass es gar nicht mehr allzu lange dauern wird und wir in Deutschland bei gleich bleibender Beschäftigungsquote – die beträgt aktuell nur 62% – einen Zustand haben werden, bei dem auf einen tatsächlich Erwerbstätigen einer kommt, der es nicht ist. Was das bedeutet für die Einkommenssituation – die sogenannte Sandwich-Generation – was das bedeutet für die Systeme der sozialen Sicherheit, was das im Übrigen auch schlicht und einfach für die Märkte heißt (keine Babys, keine Pampers), das liegt auf der Hand, aber es ist von der Politik noch nicht ausreichend beantwortet.

Schließlich muss ich bei den ökonomischen Herausforderungen auch die globalen Risiken nennen. Ich habe schon hingewiesen auf Klimawandel, auf die Sicherheitsprobleme, die sozialen Folgen der Vereinigungen in weiten Teilen der Welt. Wir haben es gerade vor wenigen Tagen erlebt, was es bedeutet, wenn wir diese Fehlentwicklungen nicht stoppen und korrigieren können. Die jüngsten Bilder, die wir aus Marokko gesehen haben, geben vielleicht eine Ahnung von dem, was da noch auf uns zukommen könnte.

Ich will auch etwas zur ordnungspolitischen Orientierung der Barroso-Kommission sagen. Die Orientierung unserer Wirtschaftspolitik ist eindeutig und ohne jeden Abstrich marktwirtschaftlich. Der Markt ist die Grundregel der Weltwirtschaft. Der Markt, meine Damen und Herren, ist definiert vor allen Dingen durch Wettbewerb. Kein Wettbewerb ohne Markt, aber auch umgekehrt, kein Markt ohne Wettbewerb. Die klare marktwirtschaftliche Orientierung, die diese Kommission vertritt, setzt deshalb ganz bewusst darauf, den europäischen Unternehmen und das sind ca. 23 Millionen, zu sagen, wir können nicht, wir wollen nicht und wir werden euch nicht vor Wettbewerb, nationalem und internationalem Wettbewerb schützen. Aber was wir wollen, wozu wir bereit sind, ist, gemeinsam darüber zu sprechen, welchen politischen und rechtlichen Rahmen wir brauchen, damit innerhalb dieses Rahmens Unternehmen und Unternehmer das tun können, was sie tun sollen: gute Geschäfte machen, investieren, wachsen, auch gute Gewinne machen und – vor allem Arbeitsplätze schaffen. All das geschieht in einem Rahmen und sich um diesen Rahmen zu kümmern ist Aufgabe der Politik. Politik soll sich aber nicht in Unternehmensentscheidungen einmischen und im Übrigen auch nicht den Eindruck erwecken, als sei sie verantwortlich für Unternehmensentscheidungen. Ich bin als der für Industrieunternehmen zuständige Kommissar nicht verantwortlich dafür, wenn ein multinationales Unternehmen in einem europäischen Land seine Fertigungsstätte schließt. Aber ich bin mit dafür verantwortlich, dass eine Politik betrieben wird, die uns in die Lage versetzt, den Strukturwandel rechtzeitig zu erkennen und nicht erst reagierend hinterherzulauen, wenn er bereits eingetreten ist. Und ich denke, das können wir. Mit

der Barroso-Kommission gibt es kein Zurück in eine Industriepolitik oder Wirtschaftspolitik der Vergangenheit, kein Zurück in Protektionismus, Interventionismus oder Subventionswirtschaft, sondern eine Politik, die auf die Stärkung der Kräfte der Marktwirtschaft setzt. Dazu gehört im Übrigen für mich ganz besonders die Stärkung der unternehmerischen Kräfte, die Stärkung des Unternehmertums, auch die Verbesserung des unternehmerischen Ansehens in Europa.

Meine Damen und Herren, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften kann nicht garantiert werden in einem Wettbewerb nach unten. Wer glaubt, und es gibt Ökonomen, die das vorschlagen, wir könnten uns einlassen auf einen Wettbewerb um niedrigere Löhne und niedrigere Standards, der irrt. Ganz davon abgesehen, dass es politisch nicht durchsetzbar wäre in unseren Gesellschaften. Wir müssen den Wettbewerb dort führen, wo unsere Stärken liegen, also um Spitzenleistungen, um das jeweils Beste, technologisch Anspruchsvollste, um das Produkt mit dem Vorsprung gegenüber anderen. Das erreichen wir nur durch Innovationsfähigkeit. Meine Damen und Herren, wenn wir bei Innovationen die Lage betrachten, ist es nicht so, als könnten wir das nicht bewältigen, aber wir haben auch bemerkenswerte Versäumnisse festzustellen. Europa ist noch nicht stark genug bei Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir bleiben derzeit bei unseren Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen gegenüber anderen Regionen in der Welt zurück. Sowohl in der öffentlichen Forschung wie bei der privatwirtschaftlichen, die ja den Löwenanteil stellt. Die Amerikaner ziehen uns davon, und Indien und China wachsen schnell. In China beispielsweise wächst der Forschungshaushalt jedes Jahr um 20% und wenn es mit diesem Tempo weitergeht, wird China bereits im Jahr 2010 besser sein als wir und mehr als 3% seines Bruttosozialprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden. Die Kommission hat deshalb in der vergangenen Woche eine Strategie zur Förderung von Innovationen in Europa vorgelegt. Das Maßnahmenpaket ist weit gefächert und reicht vom steuerlichen Umfeld bis hin zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Forschern, ein sehr, sehr breit angelegtes Programm.

Wettbewerbsfähigkeit, Exzellenz und Innovation. Darauf zielt die Revision der sogenannten Lissabon-Strategie. Die Ambition stimmt – wir müssen an die Weltspitze. Aber das ursprüngliche Projekt verhedderte sich in zu vielen Prioritäten, Zielen, Benchmarks. Und es kannte kaum einer.

Wir sind deshalb heute etwas bescheidener und ich werde froh sein, wenn es uns bis zum Jahre 2010 gelingt, den weltweiten Trend dauerhaft umzukehren, d.h. dafür zu sorgen, dass der Abstand zwischen uns und den anderen sich verringert und nicht, wie es im Augenblick der Fall ist in Bezug auf die USA, größer wird. Unsere Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung hat vor allen Dingen die Fehler der Strategie des Jahres 2000 zu vermeiden gesucht. Wir haben uns auf 10 Aktionsfelder konzentriert, die sich gruppieren um drei Fragen: Wie machen wir den Binnenmarkt leistungsfähiger? Wie stärken wir Innovation und wie erhöhen wir die Beschäftigungsfähigkeit in Europa? Diese Aktionsfelder werden gemeinsam von den Mitgliedsländern und von den europäischen Institutionen bearbeitet auf der Grundlage gemeinsam verabredeter Leitlinien. Die Grundidee unserer Politik für Wachstum und Beschäftigung ist eine ganz neue und für diejenigen von Ihnen, die die Denkweise innerhalb der Europäischen Kommission kennen, eine geradezu revolutionäre. Die Idee ist nicht, dass die Kommission den Mitgliedsländern sagt, was sie zu tun oder zu lassen haben, sondern wir haben das Modell einer wirklichen Partnerschaft entwickelt. Wir tun es gemeinsam. Wir reden intensiv miteinander und das Ergebnis ist vielversprechend. Dieser

Partnerschaftsgedanke ist einer, den Barroso und ich in die Kultur der gesamten Brüssler Bürokratie verankern wollen, weg von diesem Obrigkeitssdenken, weg von diesem bürokratischen Denken. Ich gehe so weit zu sagen, dass die Kommission sich im Grunde verstehen muss als ein großer politischer Dienstleister in Europa, jedenfalls nicht als eine Versammlung von Brahmanen, die alles besser wissen, besser können als diejenigen, die sich auf der nationalen Ebene herumplagen. Denn es gibt einen großen Unterschied zwischen dem Brüsseler Apparat und der Politik auf nationaler Ebene. Auf der nationalen Ebene müssen sich die politisch Verantwortlichen Wahlen stellen, sie müssen den Wählerinnen und Wählern erklären, was sie machen, und sich dafür rechtfertigen. In Brüssel muss das außer den Abgeordneten im Europaparlament niemand. Und ich sage unseren hohen Beamten immer wieder, wenn sie sich gelegentlich aufregen über Minister oder Staatssekretäre aus Mitgliedsländern, die sie für dumm halten, dass es wohl zutreffend sein mag, dass sie klüger sind als der eine oder andere, aber der wesentliche Unterschied ist der, das auch die vermeintlich weniger Klugen gewählt worden sind. Es sind die gewählten Vertreter des Volkes.

Drei kurze Gedanken noch zu drei Projekten, die mir am Herzen liegen: bessere Rechtsetzung, neue Industriepolitik und eine neue Politik für kleinere und mittlere Unternehmen. Über Innovation habe ich ja bereits gesprochen.

Bessere Rechtsetzung, das ist eine Antwort auf gleich zwei Probleme. Auf das Problem der Wahrnehmung Europas, das ich bereits angesprochen habe, dass mehr und mehr Menschen denken, Europa sei ein überregulierender Moloch, der jede Initiative erdrückt. Sie kennen das alles, ich brauche das nicht auszuführen. Noch bedeutender ist der ökonomische Aspekt. Wenn ich mit europäischen Unternehmern spreche und sie frage, was sie am meisten belastet, dann kommt immer die gleiche Antwort: zu viel, zu komplizierte und häufig überflüssige Reglementierung. Und ich höre immer wieder die gleiche Bitte: Schafft uns diese falschen und überflüssigen Reglementierungen vom Hals, das Übrige machen wir schon selber. Ich habe da eine Menge Sympathie dafür und deshalb haben wir drei Dinge in Angriff genommen. Wir haben erstens neue Regeln verabschiedet für die künftige Gesetzgebung. Es gibt ab dem 1. Juli keinen Vorschlag der Kommission mehr ohne eine umfassende Abschätzung der ökonomischen Folgen bis hin auf die betriebswirtschaftliche Ebene. Das heißt, bei jedem Vorschlag ist klar, was er in Bezug auf Kosten eines Unternehmens bedeutet. Sie werden überrascht sein, wenn ich Ihnen sage, dass eine solche detaillierte Folgekostenabschätzung in der Vergangenheit nicht immer gemacht worden ist. Da braucht aber keiner mit dem Finger auf Brüssel zu zeigen. Ich war lange genug Gesetzgeber in Deutschland, und glaube Sie bitte nicht, dass die deutschen Gesetze da wesentlich besser wären. Auf dem Vorblatt zu den Gesetzentwürfen im Bundestag steht unter Alternativen normalerweise ‚keine‘. Und bei den Kosten steht normalerweise ‚keine‘. Und das ist in jedem Fall falsch. Nun gut.

Wir haben zweitens als eine Art Testlauf uns alle die Gesetzentwürfe angesehen, die im Europäischen Parlament und im Rat anhängig sind und vor dem 1. Januar 2004 vorgelegt wurden. Und von denen, die für die Wirtschaft einschlägig sind – ungefähr 110 –, haben wir überprüft, ob sie eigentlich noch in die Landschaft passen, unseren neuen Prioritäten entsprechen. Sie werden staunen, wenn ich sage, oder auch nicht erstaunt sein, dass wir vor diesem Hintergrund 67 Vorschläge zurückgezogen haben. Davon eine Reihe, das muss ich zugeben, die sowieso durch Zeitablauf erledigt gewesen wären. In einigen Fällen haben wir

die Beratung so lange ausgesetzt, bis eine wirklich umfassende ökonomische Analyse vorliegt.

Drittens das Kernstück besserer Rechtsetzung die Modernisierung, das kommt erst noch. Die Strategie dafür wird nächste Woche von der Kommission beschlossen werden. Hier geht es um die Modernisierung des gesamten Bestandes, ich wiederhole, des gesamten Rechtsbestandes der Europäischen Union vom Tage ihrer Gründung an. Hier werden wir alle Richtlinien und Verordnungen unter den Gesichtspunkten, die ich genannt habe, überprüfen. Brauchen wir das wirklich? Kann das nicht besser auf der Ebene der Mitgliedsstaaten oder auf regionaler oder lokaler Ebene erledigt werden? Dient es wirklich den Vertragszielen, entspricht es auch unseren Prioritäten, Wachstum und Beschäftigung? Kennen wir die ökonomischen Folgen ganz genau und ist das Recht auch so einfach wie möglich? Es geht nicht darum, das erreichte Maß an politischer Integration in Europa zu schwächen, sondern es geht darum, das Recht, das wir haben, so einfach und so benutzerfreundlich wie möglich zu machen. Und auch immer wieder die Frage zu stellen: Brauchen wir es wirklich? Wir machen das Sektor für Sektor. Wir fangen an mit den Sektoren, in denen wir Überregulierung vermuten dürfen, weil es besonders viele Gesetze gibt. Automobilindustrie, chemische Industrie, die Bauwirtschaft, Abfallwirtschaft, die Lebensmittelindustrie. Bei Letzterer bin ich durch die Ereignisse der letzten Tage ein bisschen skeptisch geworden, ob es wirklich angemessen ist, hier Vorschriften zu lockern, aber möglicherweise ist das Problem, dass man uns mit verdorbenem Fleisch traktiert hat, in Deutschland ja eher eine Frage mangelnder Kontrollen denn eine Frage der Gesetzgebung.

Ich hoffe, dass wir in den nächsten drei Jahren dieses große Projekt vorantreiben können. Das hängt sehr davon ab, wie die anderen Institutionen mitwirken, Rat und Parlament. Im Rat gibt es eine starke Unterstützung. Ich denke, im Parlament auch. Und damit Sie es richtig verstehen, die Modernisierung und Vereinfachung des Bestandes kann auf verschiedene Weise vor sich gehen. Sie können zum Beispiel verstreute Gesetze zusammenfassen in ein einziges. Das erleichtert Anwälten die Arbeit. Das nennt man Kodifizierung. Sie können aber auch, und da wird es schon etwas schwieriger, bestehende Gesetze außer Kraft setzen, weil wir sie nicht mehr brauchen. Auch das ist vielleicht noch relativ einfach. Der dritte Fall ist der schwierigste, wenn es darum geht, bestehende Regeln wirklich zu verändern, im Sinne von erleichtern, modernisieren. Ich will eine einzige Frage aufwerfen, damit Sie erkennen können, worum es geht: Ist es wirklich erforderlich, dass die Klein- und Kleinstbetriebe dieselbe Regelungsdichte haben wie die wenigen Großbetriebe in Europa? Denn wir haben ja gar nicht so viele Großbetriebe, die große Masse der Betriebe sind Klein- und Kleinstbetriebe. Bessere Rechtsetzung muss auch dazu führen, dass die Bürokratiekosten sinken in den Unternehmen und in den öffentlichen Verwaltungen. Auf diese Weise kann sie einen direkt messbaren Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten.

Ich habe zudem eine neue Industriepolitik vorgestellt. Ich brauche hier, glaube ich, keine Einzelheiten mehr zu nennen, weil die Grundsätze dieser Industriepolitik aus dem, was ich gesagt habe, bereits deutlich geworden sind. Nein, wir stülpen keine Käseglocke über die europäische Industrie, aber wir machen eine klare Ansage: Wir brauchen in Europa die Industrie auch morgen und übermorgen. Es ist ein Irrglaube, dass wir auf Dauer nur als Lieferanten von Blaupausen und Dienstleistungen existieren könnten. Ich sagte ja schon, der Welthandel basiert auf dem Handel mit Gütern. Es geht aber auch um strategische Fragen, es geht um unsere Unabhängigkeit. Und es gibt auch einen sozialpolitischen

Grund: Nicht jeder in unseren Gesellschaften kann ein PR-Manager oder Sales-Promotor oder IT-Techniker oder wie das heute alles heißt, sein. Es gibt auch Leute, und nicht zu knapp, deren Fähigkeit darin liegt, etwas herzustellen. Und wollen wir denen sagen, wir brauchen euch nicht mehr? Nein, wir brauchen eine starke Industrie in Europa – stark im Wettbewerb, stark in der Beschäftigung.

Es gibt einige wichtige Kernfragen, die für alle Industrien in gleicher Weise bedeutsam sind, wie zum Beispiel die Frage nach dem Schutz des geistigen Eigentums. Oder die Frage nach dem Zugang zu Drittmarkten. Oder die Frage nach der Innovationsfähigkeit. Aber wir sind auch sektorale herangegangen, denn die Lage in den einzelnen Industrien ist sehr unterschiedlich. Ich war selber überrascht zu erfahren, welche Industrien in Europa in den vor uns liegenden Jahren mit den größten Problemen zu kämpfen haben werden, und nenne hier zwei, bei denen das in der Öffentlichkeit nicht so bekannt ist, dass wir dort mit Schwierigkeiten rechnen müssen: die Automobilindustrie und die pharmazeutische Industrie. Aus unterschiedlichen Gründen sind beide im internationalen Wettbewerb nicht besonders günstig aufgestellt. Was wir tun wollen, kann ich am Beispiel der Automobilindustrie am besten erläutern, weil wir hier bereits begonnen haben, gemeinsam mit den Automobilherstellern, mit den Regierungen der Mitgliedsländer, mit dem Parlament und mit anderen Beteiligten zu reden und eine Art Fahrplan für die Gestaltung des politischen und rechtlichen Rahmens für die europäische Automobilindustrie für die nächsten 10 bis 15 Jahre zu erarbeiten. Wir wollen uns gemeinsam verstetigen, was die nächsten Schritte sind in Bezug auf Qualitätsstandards, Sicherheitsstandards und Reinheitsstandards bei europäischen Automobilen. Wenn man so ein vorausschaubares, stabiles, berechenbares Regelwerk als Rahmen schafft, ist das natürlich eine ganz, ganz große Erleichterung für die Industrie. Ich denke, das können wir in anderen Sektoren auch tun.

Was schließlich die kleinen und mittleren Unternehmen angeht, also die Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten und 50 Millionen Umsatz, so sind das 99% aller europäischen Unternehmen, die über 60% der Arbeitsplätze vorhalten. Hier geht es vor allen Dingen darum, den Zugang zu Risiko-Kapital zu erleichtern. Es geht darum, ihre Innovationsfähigkeit zu erhöhen. Es geht darum, die Verwendung modernerer Informations- und Kommunikationstechnologien durchzusetzen. Es geht darum, Hindernisse beim Marktzugang, zum Beispiel auch im Dienstleistungsbereich, abzubauen. Sie sehen, das alles fügt sich zusammen in eine Politik, die von einigen klaren Grundsätzen ausgeht und die auf eine klare Arbeitsteilung zwischen Politik und Wirtschaft setzt.

Dabei wird die Wirtschaft in ihrer Unabhängigkeit und Freiheit vollständig respektiert, und wir sind auch bereit, die Rolle des Staates zurückzunehmen. Umgekehrt allerdings erwarten wir auch etwas von den europäischen Unternehmen und den europäischen Unternehmern. Ich appelliere nicht an einen vermeintlichen europäischen Patriotismus. Ein Unternehmer ist nicht dazu da, irgendwelche patriotischen Gefühle zu realisieren, sondern ein Unternehmen stark und gesund zu erhalten. Aber ich erwarte von den europäischen Unternehmen und Unternehmern, dass sie die Möglichkeiten nutzen, die wir ihnen bieten werden, und ich erwarte von ihnen, dass sie sich immer stärker auch engagieren in dem Bereich, den man auf Englisch *Corporate Social Responsibility* nennt. Unternehmerische soziale Verantwortung – aber diese Bezeichnung trifft es nur zum Teil. Im Deutschen wird sozial etwas zu eng gefasst. Gemeint ist, wie Sie wissen, eine Unternehmenskultur, die sich nicht nur darauf konzentriert, etwas herzustellen, zu entwickeln und auf den Markt zu bringen, sondern eine Unternehmenskultur, die gesell-

schaftlichen Werten verpflichtet ist und das auch sichtbar macht. Ich denke, dass das besonders wichtig ist in einer Situation, in der es ja weltweit keinen Systemwettbewerb mehr gibt, sondern ganz klar ist, dass sich das auf kapitalistischen Prinzipien beruhende marktwirtschaftliche Modell durchgesetzt hat als das im Ergebnis eben leistungsfähigste und, wie ich finde, auch humanste ökonomische System, das wir kennen. Aber wenn wir dieses System in sich stärken und stabilisieren wollen, dann ist es ebenfalls notwendig, dass ein starkes unternehmerisches Ethos entwickelt wird, und wenn das geschieht, dann bin ich ganz sicher, wird Europa als attraktiver Standort für Investitionen und als ein Ort, an dem mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und damit mehr Menschen die Möglichkeit haben, in freier Selbstbestimmung ihr Leben zu gestalten, gestärkt.

Meine Damen und Herren, das ist die Politik für Wachstum und Beschäftigung in Europa, die wir begonnen haben. Wir bemühen uns, sie konsequent in den Grundsätzen, flexibel und undogmatisch in der Anwendung zu realisieren, und ich hoffe, dass es mir gelungen ist, Ihnen zu erklären, warum angesichts dieser Aufgabe ich der festen Überzeugung bin, dass es sich lohnt, alle Kräfte für die Verwirklichung von mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa einzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. ■